

Verantwortliche Redakteure.

Für den politischen Theil:

J. Fontane,

Für Deuileton und Vermischtes:

J. Steinbach,

Für den übrigen redakt. Theil:

J. Hirschfeld,

Sämtlich in Posen.

Verantwortlich für den Inseratentheil:

J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunziger Jahrgang.

Nr. 112

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 14. Februar.

1891

Inserate, die schrägpalierte Zeichen oder deren Raum in der Morgenauflage 20 Pf. auf der letzten Seite 30 Pf. in der Mittagsauflage 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Erleditung für die Mittagsauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Unsere Marine in der Elften Stunde.

Unter diesem Titel ist kürzlich im Verlage von Luckhardt in Berlin ein 17 Druckbogen starkes Buch erschienen, in dessen ungenanntem Verfasser ein höherer Seooffizier vermutet werden darf, der alle Verhältnisse unserer Marine aus eigener Erfahrung und Anschauung kennen gelernt hat. Seine Beurtheilung der deutschen Marine in allen ihren weit verzweigten Einrichtungen muß deshalb, obgleich oder weil sie im Ganzen nicht viel Anerkennung spendet, für jeden Deutschen von besonderem Interesse sein, wobei wir selbstredend die Wahrhaftigkeit des Verfassers voraussetzen. Allerdings erscheint dieselbe durch verschiedene Ueberreibungen und nachweisbare Parteinahme zu Ungunsten unserer Marine wohl anfechtbar, aber wir wollen annehmen, daß der Verfasser von dem aufrichtigen Wunsche bestellt war, dem Vaterlande und im Besonderen unserer Marine mit der Beleuchtung und Besprechung ihrer Schäden zu nützen.

Im Allgemeinen sind, wie der Verfasser sich ausdrückt, die Ansichten im Publikum über den Kampfwerth unserer Kriegsflotte übertrieben, über die Wirklichkeit hinausgehend. Wir befinden uns in einer argen Selbsttäuschung, die wir zum Theil selbst verschulden; denn so sehr sich das deutsche Volk auch für die Bildung einer Flotte begeistert, so macht es sich doch zu wenig mit den maritimen Verhältnissen vertraut und verharrt in Unkenntniß und überpannten Anforderungen über ihren Beruf. Die Marinebehörden verkehren ihrerseits mit der Volksvertretung nicht mit der Offenheit und Rücksichtslosigkeit, welche erforderlich ist, um den Stand unserer Marine die für die Etatsberathungen im Interesse der Sache nötige Aufklärung zu geben.

Als Preußen Anfang der fünfzig Jahre an die Organisation seiner Flotte ging fehlte ihm dazu Alles. Der an die Spitze der Marine gestellte Prinz Adalbert war selbst nicht Seemann, aber seinem Berufe mit Leib und Seele ergeben. Mit Eifer und klarem Blick nahm er das Organisationswerk in die Hand und war sich dessen klar bewußt, daß er dasselbe nach dem Muster anderer Kriegsmarinen aufzubauen hatte. Da es an jeder Erfahrung gebrach, galt es mit richtigem Verständniß das Nachzuhmende aus andern Marinen zu wählen. Leider ist er nicht immer mit guten Rathschlägen unterstützt worden.

Dem am 1. Januar 1872 an die Spitze der Admiralität berufenen General v. Stosch war es vorbehalten, nach allen Richtungen hin organisirend einzutreten. Er stellte einen Stat auf, brachte Ordnung in den Werftbetrieb und alle Verwaltungszweige der Marine, erweiterte die Marineschulen und errichtete die Marineakademie, da er auf die wissenschaftliche Ausbildung der Seooffiziere großen Werth legte. Leider hat der geniale und verdienstvolle Organisator gerade in der Marine selbst die wenigste Anerkennung gefunden, vielleicht weil er die Bügel etwas zu straff hielt und die militärische Ausbildung des Heeres, den in der Marine so verhafteten „Infanterismus“ mit Parademarsch in dieselbe einführte. Seine Nachfolger, General v. Caprivi und selbst der Admiral Graf v. Monts, haben diesen Weg nicht verlassen.

Der wechselvolle Entwicklungsgang ist für den Ausbau unserer Flotte nicht günstig gewesen, weil die mit jenen Wechseln verbundenen Schwankungen und Änderungen in den Ansichten an leitender Stelle unserer Flotte nicht immer die besten Schiffe zugeführt haben, die bald veraltet waren. Der Verfasser findet die Ursache in organisatorischen Mängeln, namentlich des Corps der Marine-Baumeister und in dem schwerfälligen bureauratischen Verfahren beim Entwerfen und Prüfen der Baupläne für neue Schiffe. Das Subordinationsverhältnis im Ingenieurkorps unterdrückt die freie Meinungsäußerung und die Entfaltung bautechnischer Talente in strebsamen jungen Bautechnikern. Ein fernerer Mangel sei, daß den Baumeistern keine Gelegenheit gegeben wird, diejenigen seemannischen Kenntnisse praktisch zu erlangen, deren sie bedürfen, um den von ihnen zu bauenden Kriegsschiffen die zweckentsprechendsten Einrichtungen und Eigenschaften zu geben. Deshalb würde es nothwendig sein, die Seooffiziere an der Berathung und Prüfung von Schiffsbauplänen thätigen Anteil nehmen zu lassen.

Zum Theil sind die vorbereiteten Mängel von dem Betriebe unserer Staatswerften, der die Subordination und Kontrolle nicht entbehren kann, unzertrennlich. Nach Ansicht des Verfassers würde es daher besser sein, für die Entwürfe von Schiffsbauplänen das Konkurrenzverfahren anzuwenden, wie es bei anderen Staatsbauten schon lange gebräuchlich und auch für Kriegsschiffbauten in anderen Ländern schon üblich geworden ist. Alle Neubauten aber würden Privatwerften zu über-

tragen und unsere Marinewerften lediglich auf Reparaturbauten zu beschränken sein. Diese Vorschläge scheinen uns sehr beherrschend werth und würde es sich gewiß empfehlen, dieselben bei den Berathungen des Marineetats im Reichstage in Anregung zu bringen.

Wenn der Verfasser des vorliegenden Buches sagt, daß unsere sämtlichen Panzerschlachtschiffe veraltet, zum Theil ohne Werth, zum andern Theil nur noch minderwerthig sind und daß von unserer ganzen Kreuzerflotte nur etwa 3 Schiffe auf der Höhe der Zeit stehen, so ist dies leider wahr, aber auch bekannt und bereits in der Denkschrift zum Marineetat für 1889/90 zum Ausdruck gekommen. Daz es aber so ist, darin liegt eine ernste Mahnung an unsere Volksvertretung, die Prüfung des Marineetats in schiffbautechnischer Beziehung mit größerer Gründlichkeit durchzuführen, als es bisher geschehen. Sollte unter den heutigen Reichstagsmitgliedern Niemand die hierzu erforderliche Sachkenntniß besitzen, so wäre es im nationalen Interesse zu wünschen, daß befähigte Herren sich dieselbe zu verschaffen suchen. Daz dies möglich ist, sehen wir am englischen Parlament, das uns darin als Vorbild dienen kann.

Quousque tandem! (wie lange noch soll es so fortgehen) schließt der Verfasser eins seiner Kapitel. Er ist der Ansicht, daß wir im Hinblick auf die kriegsdrohliche Zukunft uns bereits in der elften Stunde befinden, um an unsere Marine die bessernde Hand zu legen.

Deutschland.

△ Berlin, 12. Febr. Das „Deutsche Tagebl.“, gegenwärtig ein Blatt der konservativen Partei, bringt heute unter der Überschrift: „Ein erstes Wort zur Lage“ einen Artikel, der sich (wie im gestrigen Morgenblatt bereits mitgetheilt) der Red. der „Pos. Ztg.“ gegen das „Frondeuren“ richtet, welches es einem Theile der konservativen Presse ebenso wie der „Münch. Allg. Ztg.“ und den „Hamb. Nachr.“ zum Vorwurfe macht. Verschärft wird diese Anklage noch durch die Behauptung, „daß vielfach auch die Person Seiner Majestät in mehr oder weniger versteckter Weise in diese Kritik hineingezogen und zur Zielscheibe ebenso unehrerbietiger und hämischer, wie sachlich unbegründeter Aussäße gemacht wird.“ Wir wollen hier nicht untersuchen, ob die Anklagen des „Deutschen Tageblatt“ berechtigt sind. Kein Zweifel aber ist darüber, daß von allen konservativen Blättern kein einziges den „Hamb. Nachr.“ und der „Münch. Allg. Ztg.“ so eifrig sekundirt hat, wie das „Deutsche Tagebl.“ Seine Anklagen müßten sich daher am meisten gegen das „Deutsche Tagebl.“ selbst richten. Ferner brachten die hiesigen „Neuesten Nachrichten“, gleichfalls ein konservatives (wenn auch angeblich „unparteiisches“) Blatt, das mit dem „Deutschen Tagebl.“ administrativ und zum Theil auch redaktionell vereinigt ist, gerade zwölf Stunden vor dem Erscheinen der erwähnten Nummer des letzteren einen gegen die Krone gerichteten scharfen Leitartikel, der sich mit der Ernennung des Grafen Schlieffen in einer Weise beschäftigt, die allerdings den vom „Deutschen Tagebl.“ geäußerten Tadel verdienen würde. Man möchte wirklich vermuten, daß irgend ein Gegner des „Deutschen Tagebl.“ den erwähnten Artikel lancirt hätte, ohne Wissens der Redaktion, die jetzt in den Händen des Herrn Dr. Griesemann liegt — ein Umstand, der aber an der hervorragenden Mitarbeiterchaft Karlchen Rieznicks augenscheinlich nichts geändert hat. Möglich, daß die „frondirenden“ Artikel des „Deutschen Tageblatt“ wenig beachtet worden sind; das spricht aber nur für ein geringes publizistisches Ansehen dieses viel gehäuteten und viel blamirten Blattes.

— Der Botschafter Mr. Herbette und dessen Gemahlin sahen am Donnerstag Nachmittag Kaiser Wilhelm als Gast an ihrer Tafel. Der Kaiser betrat, die Frau Botschafterin führend, bald nach 5 Uhr den Speisesaal; ihm folgte Mr. Herbette mit der Prinzessin Heinrich, an der Tafel dem Kaiser gegenüber Platz nehmend. Prinz Heinrich saß an der andern Seite von Madame Herbette. Zu den übrigen Tischnägten gehörten der Reichskanzler v. Caprivi, der Herzog und die Herzogin von Sachsen, Fürst Anton Radziwill, der Ober-Zeremonienmeister Graf Eulenburg mit Gemahlin, Staatssekretär v. Marckall mit Gemahlin, Generaladjutant v. Wittich, die Oberhofmeisterin der Kaiserin, Gräfin v. Brodorff, der Kommandeur der Gardes du Corps, Oberst Freiherr v. Bissing mit Gemahlin, Professor Anton v. Werner, von der Botschaft die Herren Dumaine, Meunier, mit Gemahlin, Teyssier, Allié, Schwiegerjohn des Botschafters, mit Gemahlin, de Chappelain, Délaire, de St. Claire und Maurice Herbette. Die künstlerisch ausgestatteten Menu-Karten für die Bläze des Kaisers und der hohen Herrschaften waren in Paris gefertigt und trugen Federzeichnungen von Chardy nach Originalen von Doré, für die übrigen Gäste allerhand Figuren in farbigen Kostümen. Der Kaiser trug die Uniform des Leib-Garde-Husaren-Regiments. Auf der Botschaft wehte die Tricolore.

— Anlässlich der Bemerkung des Fürsten Bismarck, daß England für Deutschland größeren Werth besitzt, als

Zanzibar und ganz Afrika, theilt der „N. F. Pr.“ ein gut unterrichteter Korrespondent in London eine Episode aus dem Jahre 1870 mit, welche bis jetzt noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen war. Zur Zeit des Ausbruches des deutsch-französischen Krieges im Jahre 1870 befand sich eine deutsche Flotten-Estatre mit dem Prinzen Adalbert an Bord in südatlantischen Gewässern nahe den Azoren. Die Admiraltät in Berlin telegraphirte natürlich sofort, daß diese deutschen Kriegsschiffe mit möglichster Belebung nach Hause zurückkehren sollten. Allein die deutschen Schiffe besaßen nicht genügenden Kohlenvorrath, um die Fahrt durch den englischen Kanal nach der Nordsee ohne Aufrischung ihrer Kohlen zu unternehmen. In einem englischen Hafen zu diesem Zwecke einzulaufen war damals unmöglich, und die Gefahren schien imminent, daß diese deutschen Kriegsschiffe von den scharf auslagenten französischen Kriegsschiffen weggefupert werden würden. Da begab sich Graf Bernstorff, der damalige preußische Gesandte in London, zu dem Ersten Lord der Admiraltät, Sir Beauchamp Seymour (jetzt Lord Alcester), und unter dessen Vermittelung dampften einige englische KohlenSchiffe in die hohe See hinaus nach der Richtung, von wo die deutschen Schiffe erwartet wurden. Die Kohlenversorgung derselben wurde ohne jeden Zwischenfall bewerkstelligt, und die deutschen Schiffe konnten dann glücklich ihre Fahrt nach der Nordsee antreten, sowie auch ohne Unfall zu Ende führen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt, wie bereits mitgetheilt, eine scharfe Erwidерung auf die manigfachen Auslassungen ihres einstigen Herrn und Meisters in den „Hamburger Nachrichten“, indem sie wörtlich schreibt:

„Die Beziehungen des Blattes (Hamb. Nachr.) auf der einen Seite, die Unmöglichkeit des Gegenbeweises auf der anderen Seite bilden die sichere Deckung, aus der jede Handlung der gegenwärtigen Regierung mit der Behauptung, Fürst Bismarck würde anders gehandelt haben, kritisiert und herabgesetzt werden kann. Daz diese Kampfesart erfolgreich sein werde, befürchten wir nicht. Denn im Grunde genommen befundet ihre Anwendung für alle Verständnisse doch nur das Eine, daß man nämlich bei den „Hamb. Nachr.“ mit dem sachlichen Angriffsmaterial zu Ende ist.“

Das stimmt. — Aber welche Ironie der Geschichte ist es, daß gerade die „Norddeutsche“ außersehen ist, solche Wahrheiten dem Fürsten Bismarck ins Gesicht zu schleudern!

— Der Prinzregent von Bayern hat, wie bereits mitgetheilt, an den Erzbischof von München und an den Bischof von Passau, welche ihm ihre Fastenhirtenbriefe eingereicht hatten, beachtenswerthe Schreiben gerichtet, welche folgenden Wortlaut haben:

„An den Erzbischof von München-Freising! Mein lieber Erzbischof Antonius v. Thoma! Ihren jüngsten Hirtenbrief, den Sie mir mit Schreiben vom 6. d. Mts. vorlegten, habe ich mit großer Freude und Beweidigung entgegengenommen. Wegen die herrlichen Worte, welche Sie zur Stärkung des christlichen Glaubens und zur Förderung des geistlichen Friedens von den Kanzeln der Erzbistüme verfünden lassen, nachhaltige Beachtung finden zum Heile der Einzelnen, zum Wohle von Staat und Kirche! Mit diesem lebhaften Wunsche verbleibe Ich unter den huldvollsten Gefünnungen Ihr sehr geneigter Luitpold, Prinzregent von Bayern. München, den 8. Februar 1891.“

An den Bischof von Passau! Mein lieber Bischof Dr. Michael v. Rampp! Aus Ihrem Fastenbriefe, den Sie Mir zu Leid mit dem Schematismus der Geistlichkeit des Bistums einsendeten, habe Ich gerne wiederholt ersehen, mit wie inniger Hingabe Sie für den Geist des Friedens und der Liebe zu wirken bestrebt sind. Ich danke Ihnen hierfür aufrichtig und verbleibe mit huldvollen Gefünnungen Ihr wohlgegebener Luitpold, Prinzregent von Bayern. München, den 9. Februar 1891.“

Dagegen hat der Prinzregent das ihm ebenfalls eingereichte Hirtenbeschreiben des Bischofs von Speyer unbeantwortet gelassen. Es befand sich darin folgende Stelle:

„Es wurde viel gesehet, bis die Zustände der Zeit so schlimm geworden sind. Aus dem Staats- und öffentlichen Leben wurden alle religiösen Einrichtungen entfernt und der Thätigkeit unserer heiligen Kirche die engsten Schranken gezogen.“

In liberalen Kreisen Bayerns herrscht über diese Bureauteilung des streitbaren Bischofs große Befriedigung. Man fragt mit Recht, wie solche Klagen in einem Lande laut werden können, in welchem seit Jahren nicht nur der Regent an der Frohleichtnamsprozession theilnimmt, sondern auch die Minister, Generalität, Hofcharden und Beamte zur Theilnahme an der Prozession geradezu befohlen werden. In einem Lande, in welchem der Regent alljährlich duzendmal mit dem ganzen Hofstaat an kirchlichen Feierlichkeiten theilnimmt, in welchem fast kein Fest ohne offiziellen Festgottesdienst gefeiert wird, und in welchem kein Jahreswechsel vorübergeht, ohne daß ein katholischer Würdenträger eine hohe Auszeichnung empfängt.

— Die „Nat.-Ztg.“ ist sehr unzufrieden, daß die Regierung von den Freisinnigen Beifall und Unterstützung annimmt. Sie spricht im Namen anderer — sie selbst sei frei davon — die Befreiung aus, daß die Regierung sich zu sehr der fröhlichen Partei annähern könne. Deshalb fordert sie von ihr klaren Wein darüber, mit wen und gegen wen sie Politik zu machen gesonnen sei. Sie empfiehlt ihr dabei regen Anschluß an die gemäßigten Parteien, welche seit 1866 die hauptfächlichen Träger unserer politischen Entwicklung waren. Dieselben seien zur Un-

